

# Fraktion **direkt**

48 | 27. November 2015

Zur Lage

## Zehn gute Jahre für Deutschland Unionsfraktion gratuliert der Kanzlerin

Vor zehn Jahren wurde Angela Merkel als erste Frau in unserem Land zur Bundeskanzlerin gewählt. In dieser Woche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihr zu ihrem Amtsjubiläum eindrucksvoll mit langem Beifall gratuliert.

Wir können Angela Merkel dankbar sein. Dass es Deutschland gut geht, ist auch ihr Verdienst. Selten hatte unser Land international ein so hohes Ansehen. Aber auch für die Bürger hat sich die Lage in ihrer Regierungszeit spürbar verbessert. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig. Die Unternehmen suchen sogar immer häufiger nach Arbeitskräften. Der Staat lebt finanziell nicht mehr über seine Verhältnisse. An der Steuerschraube wird nicht mehr ständig gedreht, denn es sind keine Haushaltslöcher mehr zu schließen. Und trotz des soliden Umgangs mit den Finanzen konnten wir mehr für Forschung und Bildung tun.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 hat Angela Merkel gesagt, dass Deutschland stärker aus der Krise hervorgehen solle als es in die Krise hineingegangen ist. Genau so ist es gekommen. Diese Erkenntnis kann uns auch die Zuversicht geben, dass wir die gegenwärtigen Herausforderungen bewältigen werden. Man kann es nicht oft genug sagen: Es gibt zur wahren Bewältigung der Flüchtlingskrise nicht die eine Maßnahme, mit der alle Probleme gelöst werden könnten.

---

*„Wir müssen die Zahl der Flüchtlinge reduzieren“*

---

Ganz klar: Wir müssen die Zahl der Flüchtlinge reduzieren. Dies wird aber nur zu erreichen sein, wenn wir vor allem bei den Fluchtursachen ansetzen. Kollegen der Fraktion besuchen immer wieder die Flüchtlingslager im Libanon oder in Jordanien – so auch zuletzt. Die Berichte über die Lage



Foto: Laurence Chaperon

**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

dort sind erschütternd. Insbesondere Europa muss sich dort vielmehr engagieren. Das kann doch nicht so schwer sein. Wir erwarten hier von der EU-Kommission konkrete Vorschläge.

In dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Wir werden auch 2016 ohne neue Schulden auskommen, obwohl durch die Flüchtlingsbewegung Mehrkosten entstehen werden. Wir sollten über diese Milliarden nicht klagen. Deutschland ist ein Land, das sich zu den Werten der Menschlichkeit bekennt. Diese sind nicht zum Nulltarif zu haben.

*Volker Kauder*

## Inhalt

Zehn gute Jahre für Deutschland	1
Für starke Nachrichtendienste	2
Merkel für europäische Flüchtlingskontingente	3
Haushalt 2016 wieder ohne neue Schulden	4
Der „Islamische Staat“ fordert uns alle heraus	5
Über das Recht und das christliche Menschenbild	6
Vormarsch von Diabetes stoppen	7
Letzte Seite	8

## Kommentar

# Für starke Nachrichtendienste Freiheit und Sicherheit sind kein Widerspruch



Foto: Dominik Butzmann

**Michael Grosse-Brömer**

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Anschläge von Paris haben ein weiteres Mal auf dramatische Weise gezeigt, wie sehr Europa im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus steht. Deutschland und die EU müssen dieser Ideologie, dieser menschenverachtenden Gewalt politisch entgegenreten. Dazu zählt auch, alles zu tun, um Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wirksam zu schützen. Das bleibt unsere Daueraufgabe. Und dafür sind unsere Nachrichtendienste unersetzlich. Wir sind in Deutschland bisher glücklicherweise von Anschlägen verschont geblieben. Doch das war eben nicht nur Glück, sondern auch der Aufklärungsarbeit von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz zu verdanken.

Wir erlauben uns in Deutschland eine Diskussion rund um die Arbeits- und Wirkungsweise von Nachrichtendiensten, die vor dem Hintergrund der zahlreichen Anschläge der vergangenen Jahre – etwa in Madrid, London und Kopenhagen – schwer erklärlich ist. Dienste werden bei Teilen der Politik gleichgesetzt mit dem Verlust von Bürgerrechten, mangelndem Datenschutz oder einer Einschränkung des persönlichen Lebens. Das ist falsch. Freiheit und Sicherheit, die es

eben nicht ohne Polizeibehörden und Nachrichtendienste geben kann, sind kein Widerspruch. Vielmehr wird es ohne Sicherheit nie die Freiheit geben, die ein Leben wie unseres in Deutschland ermöglicht. Häufig verkennen Diskussionen rund um die Nachrichtendienste auch auf erschreckende Weise die tatsächliche Bedrohungslage. Die größte Gefahr für unsere Freiheit geht nicht von den Nachrichtendiensten aus, sondern von militanten Islamisten und dem „Islamischen Staat“ und anderen Terroristen.

Deutschland kann in einer globalisierten Welt aber nicht allein im Sicherheitsbereich agieren, sondern ist auf Informationen seiner internationalen Partner angewiesen. Wir müssen diese internationale Kooperation und den Informationsaustausch weiter pflegen. Dafür braucht es personell und technisch gut aufgestellte Nachrichtendienste und Polizeibehörden. Deshalb ist es richtig, dass wir die Haushaltsmittel im Bereich Innere Sicherheit für 2016 um insgesamt eine Milliarde Euro aufgestockt haben.

## Parlamentarische Kontrolle gewährleistet

Ein deutliches Plädoyer für die intensive Arbeit der Nachrichtendienste bedeutet übrigens nicht, dass diese in einem rechtsfreien Raum geschehen soll. Deshalb kommt dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestages eine wichtige Funktion zu. In einem System der Gewaltenteilung darf allerdings parlamentarische Kontrolle nicht mit einer parallelen Fachaufsicht verwechselt werden.

So, wie wir in Deutschland täglich darauf vertrauen, dass unsere Sicherheit gewährleistet ist, sollten wir auch ein Stück weit in die Arbeit der Dienste vertrauen. Die große Mehrheit der Bevölkerung tut das längst.

## Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
F 030. 227-5 66 60  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

# Merkel für europäische Flüchtlingskontingente

## Generaldebatte zum Haushalt 2016 im Bundestag – Solidarität mit Frankreich im Kampf gegen den Terror

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ein gemeinsames Vorgehen in Europa eingefordert. In der Generalaussprache zum Haushalt 2016 im Bundestag sagte Merkel am Donnerstag: „Eine simple Abschottung wird das Problem nicht lösen. Wir brauchen die Europäische Union als Ganzes.“ Als einen möglichen Schritt, den Zustrom an Flüchtlingen zu steuern und zu ordnen, nannte sie „legale Kontingente“. Letztlich gehe es auch darum, „die Zahl der bei uns ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren“, betonte sie.

Angesichts der verheerenden Anschläge von Paris sagte die Kanzlerin: „Wir stehen solidarisch an der Seite Frankreichs im Kampf gegen den Terror.“ Man müsse sehen, wie diese Solidarität mit Leben erfüllt werden könne. Inzwischen wird unter anderem der Einsatz von Aufklärungsflugzeugen erwogen.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder gab zu bedenken, dass man das Ziel, den Zuzug an Flüchtlingen zu begrenzen, nicht erreichen werde, wenn man Syrien nicht befriede und den islamistischen Terror nicht eindämme. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sagte angesichts der „neuen Dimension des Terrors“, es dürfe keine Denkverbote geben, wie der Staat die Sicherheit seiner Bürger schützen könne.

### „Schlüsselpartner Türkei“

Merkel nannte ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die die Europäische Union zügig angehen müsse: so die Sicherung der Außengrenzen, die zügige Einrichtung von Registrierungscentren – sogenannter Hotspots – in Griechenland und Italien sowie ein faires System zur Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten. „Die solidarische Verteilung der



Kanzlerin Angela Merkel in der Generalaussprache zum Haushalt 2016

Foto: picture alliance / dpa

Flüchtlinge ist nicht irgendeine Petitesse“, sondern die Antwort auf die Frage, ob der Schengen-Raum auf Dauer aufrechterhalten werden könne, mahnte die Kanzlerin. Der Schengen-Raum mit seinen offenen Binnengrenzen stehe für den Umgang mit europäischen Freiheiten, fügte sie hinzu.

Als unerlässlich bezeichnete Merkel auch die Zusammenarbeit mit der Türkei und die Bekämpfung der Fluchtursachen in Krisenregionen. Die Türkei, die selbst zwei Millionen syrische Flüchtlinge beherbergt, „ist ein Schlüsselpartner für die Europäische Union“, sagte die Kanzlerin. Wenn das Nachbarland bei der Sicherung der EU-Außengrenzen helfen solle, müsse man es unter anderem auch finanziell unterstützen. Und man könne „durch legale Kontingente einen Beitrag leisten, dass die Türkei entlastet wird“.

Auch Kauder betonte die Notwendigkeit einer Sicherung der EU-Außengrenzen, etwa durch den Aufbau einer Grenzsicherungsagentur. Es sei offenkundig, dass ein Land wie Griechenland alleine mit dieser Aufgabe überfordert sei. Wenn aber jedes europäische Land einen Zaun um sich herum

baue, sei Europa am Ende, warnte er.

### Einheitlicher Flüchtlingsausweis wird kommen

Mit Blick auf Deutschland sprach sich die Kanzlerin für eine schnelle Integration derjenigen aus, die eine Bleibeperspektive haben. Abgelehnte Asylbewerber müssten das Land aber wieder verlassen. Merkel listete auf, was bereits getan wurde, um die Asylverfahren zu beschleunigen. In dem Zusammenhang zeigte sie sich zuversichtlich, dass die Koalitionäre ihre Verhandlungen über das zweite Asylpaket in den nächsten Tagen abschließen können. Eine der geplanten Maßnahmen ist die Einführung eines einheitlichen Flüchtlingsausweises, mit dem Doppelt- und Dreifachregistrierungen künftig verhindert werden sollen.

Merkel und Kauder erinnerten daran, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise in Deutschland nur gemeistert werden kann, weil das Land gut gewirtschaftet habe. Beide sprachen sich dafür aus, das Ziel des ausgeglichenen Haushalts trotz der neuen Belastungen nicht aus den Augen zu verlieren.

# Haushalt 2016 wieder ohne neue Schulden

## Bundestag verabschiedet Etat – Mittel für innere Sicherheit aufgestockt

Wie schon in diesem Jahr will der Bund auch 2016 keine neuen Schulden machen. Trotz der Mehrausgaben aufgrund der Flüchtlingskrise steht die „schwarze Null“. Der Bundestag verabschiedete am Freitag den Etat für das kommende Jahr sowie den Finanzplan des Bundes bis 2019. Die Mittel für die innere Sicherheit werden deutlich aufgestockt.

Das Ausgabenvolumen 2016 beträgt knapp 317 Milliarden Euro und damit rund fünf Milliarden mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen. Bis zum Ende des Planungszeitraums sind keine frischen Kredite vorgesehen. Gleichzeitig werden von 2016 bis 2018 zusätzlich zehn Milliarden Euro investiert. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt auf der Verkehrsinfrastruktur, der digitalen Infrastruktur, der Energieeffizienz und der Städtebauförderung. Im Haushalt eingepreist sind außerdem der Abbau der kalten Progression sowie die Anhebung von Kinderfreibetrag, Kindergeld und Kinderzuschlag ab 2016. Damit werden insbesondere Arbeitneh-

mer und Familien im Umfang von über fünf Milliarden Euro pro Jahr entlastet.

### Mehrausgaben für Flüchtlinge

Die wachsende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern führt beim Bund zu Mehrbelastungen von gut 7,8 Milliarden Euro. Diese zusätzlichen Kosten werden zu einem großen Teil aus einer Rücklage finanziert, die sich aus einem Überschuss des laufenden Jahres in Höhe von 6,1 Milliarden Euro ergibt.

Vor allem im Haushalt des Bundesinnenministeriums ist der Bedarf an Geldern angesichts der Flüchtlingsproblematik gestiegen. Gegenüber dem Regierungsentwurf stieg die Summe um rund eine Milliarde Euro. Im Vergleich zu 2015 wächst der Einzelplan sogar um 1,5 Milliarden.

Ein großer Teil des Geldes kommt der inneren Sicherheit zu Gute. Dem Innenministerium und seinen Behörden stehen somit die Mittel für fast 5.460 neue Stellen zur Verfügung. Da-

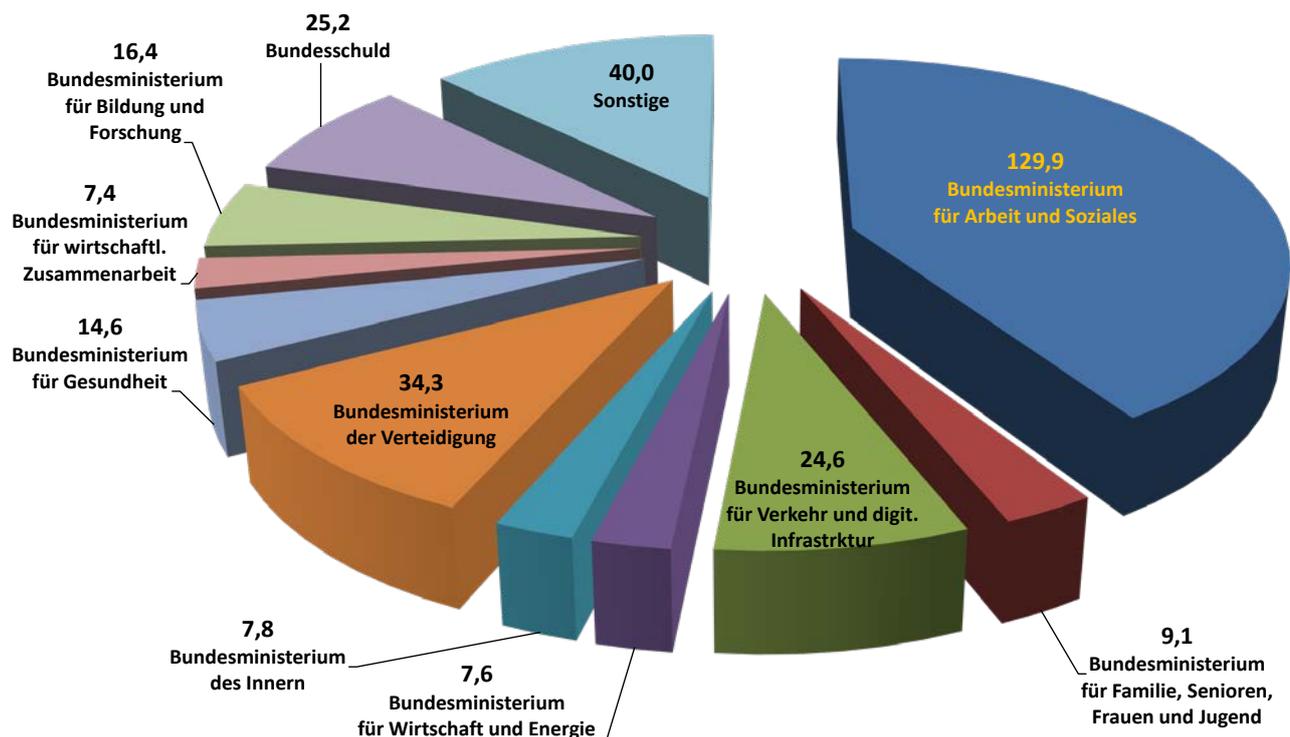
von profitiert an erster Stelle das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit 4.000 Stellen. 1.568 zusätzliche Stellen erhält die Bundespolizei. Sie soll bis 2018 sogar insgesamt 3.000 neue Mitarbeiter einstellen können.

Das Bundeskriminalamt erhält 317 neue Posten sowie Sachmittel für die Umsetzung des bereits beschlossenen Sicherheitspakets. Mehr Geld für Material und Beschaffung bekommen auch das Technische Hilfswerk (THW) und das Bundesamt für Bevölkerung- und Katastrophenschutz. Für die Bereitschaftspolizeien der Länder stehen zusätzliche 6,5 Millionen Euro zur Deckung ihres Investitionsbedarfs bei Fahrzeugen zur Verfügung.

Auch die Mittel für Integrationsmaßnahmen steigen 2016 gegenüber dem Vorjahr um 326 Millionen Euro. Im Einzelplan des Innenministeriums sind für Integrationskurse 559 Millionen Euro vorgesehen. Allein die Integrationsausgaben des BAMF steigen im Vergleich zum laufenden Jahr um 293 Millionen Euro.

### Bundshaushalt 2016 - Ausgaben in Mrd. €

(Gesamtausgaben 316,9 Mrd. €)



Quelle: AG Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

# Der „Islamische Staat“ fordert uns alle heraus

## Franz Josef Jung über den Beistand für Frankreich – Hoffnung auf Friedenslösung für Syrien



Foto: Laurence Chaperone

**Franz Josef Jung**

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Nach den furchtbaren Anschlägen in Paris hat Frankreich die Europäische Union im Anti-Terror-Kampf um Beistand gebeten. „Fraktion direkt“ sprach mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Franz Josef Jung, über die EU-Beistandspflicht und den Kampf gegen das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ (IS), das seine Machtbasis in Syrien und im Irak hat.

*Herr Jung, Bundeskanzlerin Angela Merkel hat unmittelbar nach den Anschlägen Frankreich jede erdenkliche Unterstützung zugesagt. Was kann Deutschland Frankreich denn anbieten?*

Jung: Der sogenannte Islamische Staat ist nicht nur der Feind Frankreichs. Er ist die existenzielle Herausforderung für jeden einzelnen von uns, für unsere Werte und unsere Lebensweise. Wir werden die Beistandsbitte Frankreichs erfüllen. Dazu werden wir erstens unsere Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für die Peschmerga im Nordirak ausbauen. Zweitens werden wir die Franzosen in Mali entlasten. Und drittens sind wir bereit, Frankreich mit

RECCE-Aufklärungstornados im Kampf gegen den IS zu unterstützen. Wir haben sehr positive Erfahrungen mit dem Einsatz der Aufklärungs-Tornados in Afghanistan gemacht. Damit können wir ermitteln, wo welche Terrorgruppen tätig sind.

*Mit Frankreich hat sich erstmals ein Mitglied der Europäischen Union auf die Beistandsklausel im EU-Vertrag berufen. Welche Konsequenzen hat der Bündnisfall?*

Jung: Die Beistandsklausel des Artikels 42 Absatz 7 des EU-Vertrages sieht vor, dass im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ihm die anderen Mitgliedstaaten alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung schulden. Das schließt sowohl zivile als auch militärische Mittel ein. Für Deutschland gilt gleichwohl, dass ein Bundeswehreininsatz im Rahmen dieser Beistandsklausel der Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf. Insoweit zieht die EU-Beistandsklausel nicht automatisch einen Bundeswehreininsatz nach sich.

---

### „Nachschub für den IS unterbinden“

---

*Die Anschlagserie von Paris geht auf das Konto des „Islamischen Staates“. Wie kann man den IS wirksam bekämpfen?*

Jung: Zunächst geht es darum, dem IS den Nachschub an Geld, Waffen und Kämpfern abzuschneiden. Der UN-Sicherheitsrat hat schon im Februar 2015 beschlossen, dass alle Staaten Geldtransfers an den IS unterbinden müssen. Dies hat er nach den Anschlägen in Paris nochmals bekräftigt. Deutschland hat das schon

umgesetzt. Jetzt müssen alle anderen Staaten, insbesondere diejenigen in der arabischen Welt, das ebenfalls tun. Bei der Bekämpfung des IS im Irak und in Syrien setzen wir auf Akteure in der Region. Nur sie können das Terrornetzwerk – begleitet durch Luftunterstützung der Anti-IS-Koalition – am Boden zurückdrängen. Erste Erfolge dieses Ansatzes – wie die Rückeroberung der Stadt Sindschar im Nordirak durch die Peschmerga – sind bereits erkennbar. Deshalb bauen wir unseren Ansatz, regionale Partner zu ertüchtigen, weiter aus. Dafür stellen wir im Bundeshaushalt 2016 zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro bereit.

*In die Verhandlungen zur Lösung des Bürgerkriegs in Syrien scheint Bewegung zu kommen. Anlass für Optimismus?*

Jung: Die bisherigen Ergebnisse der Wiener Syrien-Gespräche sind tatsächlich ein Zeichen der Hoffnung. Dort haben sich Staaten wie die USA, Russland, Deutschland, Frankreich, Iran und Saudi-Arabien auf einen Fahrplan für einen Friedensprozess im syrischen Bürgerkrieg geeinigt. In sechs Monaten sollen dem Plan zufolge die Voraussetzungen für eine Übergangsregierung geschaffen werden. Und ein 18 Monate langer Übergangsprozess soll schließlich in Wahlen münden.

*Was ist von Russland zu erwarten?*

Jung: Eine zügige und gemeinsame Umsetzung des Fahrplans von Wien würde die Bildung einer wirksamen Front gegen den IS erleichtern – insbesondere dann, wenn auch Russland sich in Syrien voll und ganz auf den Kampf gegen IS konzentriert und seinen Einfluss auf die syrische Regierung wahrnimmt.

# Über das Recht und das christliche Menschenbild

## Erzbischof Gänswein erläutert die gesellschaftlichen Grundthemen von Benedikt XVI.

Vier Jahre ist es her, dass Papst Benedikt XVI. seine wegweisende Rede über die Grundlagen des Rechts im Deutschen Bundestag gehalten hat. Mit der Geschichte des jungen König Salomon aus der Heiligen Schrift, der sich ein „hörendes Herz“ wünschte, unterstrich der Papst, wie wichtig es

mit dem päpstlichen Gregoriusorden im Range eines Komturs ausgezeichnet worden war, sowie Fraktionsvize Johannes Singhammer. Kauder betonte, dass mit der Geltung von Recht und Gesetz nicht die endgültige Antwort auf alle Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gegeben sei,

Singhammer. Kauder ermunterte die Politiker dazu, „mit Selbstbewusstsein“ die christliche Position zu vertreten, ohne Menschen mit anderen religiösen Wurzeln den Respekt zu versagen.

„Politik ist Dienst am Menschen und am Gemeinwohl“, erläuterte Gänswein die Sichtweise Benedikts. Dieser hatte in seiner Rede vor dem Bundestag selbst gesagt: „Dem Recht zu dienen und der Herrschaft des Unrechts zu wehren ist und bleibt die grundlegende Aufgabe des Politikers.“ Singhammer erinnerte daran, dass eine entscheidende Ursache für die Flucht so vieler Menschen die Abwesenheit von Recht und Gesetz in ihrer Heimat sei. „Viele suchen in Deutschland das Recht, aber sie suchen auch ihr Recht.“



Foto: Steven Rösler

Johannes Singhammer, Volker Kauder und Erzbischof Georg Gänswein

für einen Politiker sei, zwischen Gut und Böse unterscheiden zu können, um wahres Recht zu setzen und somit der Gerechtigkeit und dem Frieden zu dienen. Am Mittwoch nun erläuterte der Präfekt des Päpstlichen Hauses und Privatsekretär des emeritierten Papstes, Erzbischof Georg Gänswein, zum Auftakt eines Symposiums die gesellschaftspolitischen Grundthemen von Benedikt XVI.: Hoffnung, Verantwortung, Wahrheit.

Eingeladen zu dem Vortrag hatten der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, der im vergangenen Jahr für sein soziales Engagement und seinen Einsatz für Religionsfreiheit

sondern dass es etwas Tieferes geben müsse – eine religiöse Grundüberzeugung. Daher sei es falsch, die Religion ins Private zu schieben und auf staatlicher Ebene das Heil in der totalen Säkularisierung zu suchen. „Genau das wird nicht zum Erfolg führen“, warnte er.

### Der Staat ist nicht wertneutral

Kauder und Singhammer betonten, der Staat sei zwar weltanschaulich neutral, aber nicht wertneutral. „Wir müssen uns immer vergewissern, ob unser Recht einem christlich geprägten Menschenbild standhält“, sagte

---

## „Dies ist die Stunde der katholischen Laien“

---

Zur Stellung der Kirche sagte Gänswein, sie stütze sich nicht mehr auf den Staat zur Durchsetzung der christlichen Lehre, brauche aber ihrerseits keine Einmischung von Seiten des Staates zu akzeptieren. Heute stelle sich die Kirche in die Welt: „Sie hat die Bürgergesellschaft als ihr Habitat gewählt.“ Sie rufe zur Evangelisierung der Kultur von innen auf und wirke mit am Bau des gemeinschaftlichen Hauses. Dies sei auch „die Stunde der katholischen Laien“. Sie seien aufgerufen zu Partizipation und Gestaltung. Gänswein warnte die Politik vor einem technologischen Weltbild ohne Moral. Sie brauche ein „Mindestmaß an Ethos, an Erkenntnis des Guten“, wenn sie den Menschen gerecht werden wolle.

# Vormarsch von Diabetes stoppen

## Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion mit Experten – Frühkindliche Prävention stärken

Rund sieben Millionen Menschen in Deutschland sind an Diabetes erkrankt – Tendenz steigend. Die Krankheit hat viele Ursachen: von der genetischen Veranlagung über Fehlernährung bis zu mangelnder Bewegung. Wie die Versorgung der Betroffenen verbessert werden kann, aber vor allem welche Möglichkeiten der Prävention bestehen, darüber diskutierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch mit Experten. Die Teilnehmer waren sich einig: Vorbeugen ist besser als heilen.

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann, nannte die Ausbreitung der Krankheit alarmierend und forderte stärkere Bemühungen, den Trend zu stoppen. „Diabetes kann irreversible Schäden verursachen.“ Der Leidensdruck für Betroffene und Angehörige sei hoch, ebenso hoch wie die Kosten für die medizinische Behandlung. „Deshalb sind Aufklärung und Vorbeugung so wichtig – und zwar schon in der Schwangerschaft und bei den Kleinsten“, sagte Connemann.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe berichtete, an welchen Stellen die Politik bereits angesetzt habe: „Wir haben die integrierte Versorgung verbessert. Und wir fördern durch das Programm ‚In Form‘ gesunde Ernährung und mehr Bewegung.“ Auch mit dem neuen Präventionsgesetz stärke man die Gesundheitsförderung in allen Lebensbereichen.

---

„Ohne  
Ernährungsbildung  
geht es nicht“

---

Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Georg Nüßlein, unterstrich, dass in Deutschland schon einiges erreicht wurde. „Wir können zu Recht behaupten,



Foto: Steven Rösler

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann beim Fachgespräch Diabetes

ten, dass wir keine grundsätzlichen Versorgungsdefizite haben.“ Gleichwohl müsse die Politik weiterhin an Strategien im Bereich Diabetes arbeiten.

Auf die Möglichkeiten der Prävention wies Bundesernährungsminister Christian Schmidt hin. Prävention könne nicht früh genug beginnen, mahnte er. „Wir investieren in die Beratung von Schwangeren. Auch ohne Ernährungsbildung geht es nicht.“ Ernährungswissen müsse man schon in Kindergärten und Schulen vermitteln. Allgemeinverbindliche Standards könnten helfen, die Verpflegung in Kitas und Kantinen zu verbessern.

Vertreter der Diabetes-Verbände äußerten den Wunsch nach einer nationalen Diabetes-Strategie. Unterstützung erhielten sie dabei vom Berichterstatter der Unionsfraktion, Dietrich Monstadt.

### Bund fördert Forschung

Einen großen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation von Diabetikern leistet die deutsche Diabetes-

Forschung. Möglich wird dies auch dank einer starken Forschungsförderung des Bundes. Wissenschaftler berichteten, dass aktuell intensiv an der Entwicklung individueller Präventions- und Therapiekonzepte gearbeitet werde.

Diskutiert wurde aber auch über die Rolle des Hausarztes, über Vor- und Nachteile von Steuern und Verböten sowie darüber, ob sich die Einstellung der Gesellschaft zur Ernährung ändern müsste. Die Lebensmittelindustrie wies darauf hin, dass die Zunahme von Diabetes sowohl durch die demografische Entwicklung – also die Alterung der Gesellschaft – als auch durch ein Übermaß an Essen bedingt sei. Sie nehme ihre Verantwortung in diesem Bereich wahr.

Unter dem Strich waren sich die Teilnehmer einig: Einfache Lösungen gibt es nicht. Erforderlich sei deshalb ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz, der die Bereiche Gesundheit, Ernährung, Bildung, Sport, Umwelt und Verkehr gleichermaßen in den Blick nehme.

# Letzter Ausweg Europa

## Flüchtlingslager im Libanon besucht

In den Flüchtlingslagern im Libanon herrschen teils menschenunwürdige Zustände. Die Flüchtlinge hausen in Verschlagen aus Plastikplanen und Brettern. Die medizinische Versorgung ist rudimentär. Und die monatliche Summe, die jeder Flüchtling von den UN-Hilfswerken erhält, reicht nicht einmal für genügend Grundnahrungsmittel aus. Im Auftrag der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich Berichterstatter Tobias Zech in der vergangenen Woche ein Bild von der Lage gemacht. Zech sieht es als wenig verwunderlich an, dass sich die syrischen Flüchtlinge, die in den Lagern Unterschlupf gefunden haben, auf den Weg nach Europa machen. „Es ist die pure Not, die sie zur Flucht auf Schlepperbooten über das Mittelmeer treibt“, sagt er.

Die AG-Vorsitzende Sibylle Pfeiffer erklärte: „Der Libanon steht exemplarisch für die Staaten, die die Masse der syrischen Flüchtlinge aufnehmen und die damit völlig überlastet sind.“ Die Reise habe unter anderem die Erkenntnis gebracht: „Wenn es uns nicht gelingt, das Existenzminimum bei der Versorgung der Flüchtlinge zu erreichen und gleichzeitig die dortigen aufnehmenden Kommunen zu stärken, werden sich noch viele auf den Weg nach Europa machen.“

### Weltgemeinschaft hat versagt

Zech sprach von einem Versagen der Weltgemeinschaft. Viele der Flüchtlinge seien schon einige Jahre im Libanon. Da ihre Rücklagen inzwischen aufgebraucht seien, sähen sie keinen



Foto: picture alliance / dpa

Auffanglager für syrische Flüchtlinge im Libanon

### Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter) abonnieren.

### Termine [www.cducusu.de/veranstaltungen](http://www.cducusu.de/veranstaltungen)

- 13.-15. Dezember 2015 Parteitag der CDU Deutschland
- 16. Dezember 2015 Vorweihnachtliche Feier der CDU/CSU-Fraktion

anderen Weg mehr als die Flucht nach Europa – und das obwohl sie eigentlich gerne nahe der Heimat bleiben würden, damit sie nach dem Ende der Auseinandersetzungen schnell wieder nach Syrien zurückkehren könnten.

Die Weltgemeinschaft müsse den Menschen ein einigermaßen würdiges Leben im Libanon ermöglichen, sagte Zech und fügte hinzu: „Aber wir müssen auch alles tun, um die aufnehmenden Länder zu unterstützen.“ Auch der Libanon sei inzwischen überfordert und brauche finanzielle Hilfe. Das Land beherbergt derzeit geschätzt zwei Millionen Flüchtlinge –

bei einer Bevölkerung von vier Millionen.

Auf mehr als sieben Milliarden Euro hatte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen den Bedarf für 2015 geschätzt; rund 3,5 Milliarden Euro waren bei der Geberkonferenz Ende März zugesagt worden, davon 1,1 Milliarden aus der EU und 255 Millionen Euro aus Deutschland. Deutschland ist einer der größten Geber. So hat das Entwicklungsministerium allein dieses Jahr 140 Millionen in Infrastruktur und Bildung investiert. Wenn die Flüchtlingsströme jedoch substantziell reduziert werden sollten, reicht das nicht aus.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet  
[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)  
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion  
[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
Fraktion direkt  
[www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)



[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)